

blickpunkt

Nr. 281
Mai 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Kein Wald für Cargo-City

Wir müssen davon ausgehen, Cargo-City wird in der nächsten Zeit ein Thema, das weit über unsere Stadt hinaus die Menschen bewegen wird.

Auf der Stadtverordnetenversammlung erklärte die Fraktion DKP / Offene Liste dazu u.a.:

Wir und viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind für eine Bewegung gegen Cargo City.

Für Cargo-City sind: SPD, CDU, FDP, Wiesbaden, Frankfurt, die Banken, die Industrie- und Handelskammer, die Flughafen-Manager - sicher vor allem Leute die nicht direkt am Flughafen wohnen.

Wir - die Gegner - wollen das Projekt behindern und verhindern - wir setzen auf politischen Druck im Wahljahr 1994. Die Befürworter rechnen mit einer wachsenden Bewegung, deshalb wollen sie das Projekt in einem Blitzkrieg durchsetzen. Unser Antrag auf Fristenverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme um 5 Tage, wurde vom Regierungspräsident abgeschmettert. Der Umlandverband hat mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen, die Umwidmung der Wald- und Grünflächen „beschleunigt in einem halben Jahr abzuwickeln“.

„Kein Wald wird mehr fallen“ versprach gestern erst ein Hessischer Minister-

präsident. Alles längst vergessen. Jetzt soll wieder gesagt werden.

„Das ist doch nur Krüppelwald“ meint die CDU im Wiesbadener Landtag und Lothar Klemm, der SPD-Minister, stimmt zu. Die paar hundertjährigen Eichen. „Weg damit!“

Und da gibt es immer wieder Abgeordnete, die Politikverdrossenheit beklagen. Eigentlich ist es etwas anderes - es ist Politikerverdrossenheit. Da gibt es nämlich Leute, die halten ihr Wort nicht - und es gibt welche die bringen finanziell ihr Schäfchen ins Trockene, während sie das „gemeine Volk“ abzocken.

In den letzten Wochen konnte es jeder erfahren, was es heißt, „noch mehr Flugbewegungen!“ Ist „noch mehr“ eigentlich möglich? Berechtigte Frage. Aber die Planungen für Cargo-City gehen schnell voran. Jetzt haben wir 361.000 Flugbewegungen im Jahr - in wenigen Jahren sollen es 400.000 sein. Dabei bleibt es nicht. Wetten?

Dazu kommt der nächtliche Bodenschall vom Flughafen. (Die Leute in Walldorf-Nord können hier mitreden.) Keiner soll später sagen, er hätte es nicht gewußt. Cargo-City ist ein neuer entscheidender Angriff auf die Gesundheit und Lebensqualität der Flughafen-Nachbarn. Schon heute ist der Wohn-

Seit der Inbetriebnahme der Startbahn 18 West vor 10 Jahren mit einem Waldverlust von 199 ha, weiteren Rodungen von 61 ha Wald 1988, ist die Flughafen AG dabei, ihr 1740 ha großes Betriebsgelände von den letzten Waldbeständen zu „befreien“. Wenn man den Waldverbrauch durch den Flughafen ökologisch bewerten will, muß man festhalten: Dem Flughafen Frankfurt wurden seit seiner Entstehung im Jahr 1933 17,4 Quadratkilometer bewaldete Fläche in einem ehemals geschlossenen Waldgebiet geopfert.

wert unserer Stadt, der Erholungswert des Waldes durch den ständigen Krach stark beeinträchtigt. Cargo-City würde noch mehr Krach bringen.

Schon heute ist die Gesundheit der Menschen im Flughafen-Umland gefährdet. Im 600-Seiten-Raumordnungsverfahren für Cargo-City kann man es nachlesen: Es wird schlimmer! Zitat: „Die Belastungen durch Benzol, (Diesel)-Ruß und NO₂ überschreiten vermutlich . . . die Zielwerte des Länderausschusses . . . die zur Minderung des Krebsrisikos formuliert wurden.“ Und es kommt noch „dicker“. Schon jetzt ist der Straßenverkehr oft unerträglich. Mit Cargo-City würde der Straßenverkehr noch gewaltig anwachsen. Allein für dieses Projekt sind 9.400 Fahrzeuge in 24 Stunden eingeplant. Der Schleich- und Ausweichverkehr wird auch durch unsere Stadt gehen. Keiner wird es verhindern können.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 1)

Natürlich werden auch mehr Parkplätze benötigt. Die Betonindustrie darf sich freuen. Man plant zunächst 4.200 Parkplätze, ohne die Besucherparkplätze.

Das Hauptargument für Cargo-City: Arbeitsplätze.

Es heißt, für Cargo-City sollen bis zum Jahr 2010 insgesamt 6250 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wieviel Arbeitsplätze durch rigorose kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen bis dahin am Flughafen verschwunden sind, war nicht zu erfahren.

(Überhaupt - es sei einmal eingefügt - wo bleibt eigentlich die Sorge und unser aller Engagement für die 2000 Opel, die auch in unserer Nachbarschaft - jetzt gerade wieder gefeuert werden sollen.)

Vom Rathaus kommt keine Hilfe für eine Bewegung gegen dieses Projekt. „Wir sind grundsätzlich für Cargo-City“, sagen SPD und CDU. Was da als Pragmatismus ausgegeben wird ist lähmender Fatalismus.

Zu Beginn der Startbahnauseinandersetzungen - auch damals war die Rechtslage im wesentlichen gegen uns - gab es eine Parteienaktionsgemeinschaft - die den Menschen Mut machte. Heute gibt es nur noch amtliche Resignation.

Für die Stadt ist der Flughafen ein akzeptierter Nachbar. Der Flughafen selbst behandelt das Umland als kleines Kind, dem man nur von Fall zu Fall und nur zu einem selbst bestimmten Zeitpunkt Mitteilungen macht. Vielleicht heißt es morgen schon bei der FAG: wir spreizen die Parallelbahnen, damit gleichzeitiger Flugverkehr stattfinden kann. Platz wäre dann ja wohl, wenn man Cargo-City direkt an die Stadtgrenze von Walldorf baut.

Cargo-City - wir sehen dieses Projekt eingebettet in die weltweiten Verteilungskämpfe des Kapitals. Paris, London, Amsterdam - die oder wir - Wolfsgelue, Wolfsgesetze.

Dazu idiotische Auswüchse, Rundkino, Nachtvergnügung, Disneyland. Aber auch idiotische Praxis: „Shopping in New York“ oder „In Detroit werden Auto-Kotflügel produziert, per Luftfracht nach Frankfurt gebracht und von hier per Lkw über die Alpen nach Mailand zur Endmontage gebracht.“
Dafür Cargo-City?

Bäume

Krüppelwald sei es, was da nördlich von Walldorf steht, meinte ein Herr Kuchler, Vorsitzender des CDU-Arbeitskreises Wirtschaft und Technik in Wiesbaden. Herr Haselbach, CDU-Landtagsabgeordneter aus Mörfelden, formulierte es ähnlich.

Wir erlauben uns eine andere Meinung:

- 20 Jahre versorgt ein Baum einen Menschen mit Sauerstoff.
- 30.000 km Autofahren verbrauchen 100 Jahre Sauerstoffproduktion eines Baumes.
- Ein Auto (9 Liter Verbrauch) verschmutzt die Umwelt nach jeweils 4000 km mit 1 Tonne Kohlendioxid.
- In den Wäldern der Erde sind 475-825 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gebunden.

- In einem Kubikmeter Waldboden können 200 Liter Wasser gespeichert werden
- In einem Buchenwald kommen 4000 Pflanzen- und 7000 Tierarten vor
- Pro Sekunde werden weltweit fast 5000 qm Wald vernichtet. Folgen dieser Entwicklung - neben dem Treibhauseffekt - sind:
- 26 Millionen Tonnen wertvollen Bodens gehen jährlich verloren.
- Die Wüste breitet sich jährlich um 5 Millionen Hektar aus.
- Bei der Veränderung der Klimazonen kann der Baum mit einer Jahrhundertgeschwindigkeit von 20-30 km „davonlaufen“ - mehr nicht!
- Ein 100jähriger Baum hat einen Wert von DM 529.700,-.

Auch solche Bäume stehen auf dem Waldgebiet, das jetzt abgeholzt werden soll, Herr Haselbach!

Bürgerbegehren für ein Kulturcafé

ANZEIGE

Liebe EinwohnerInnen von Mörfelden-Walldorf,

das Kulturcafé wurde kurz vor seiner Verwirklichung im „Alten Rathaus“ vom Stadtparlament gekippt. Grund der Absage: „Für ein Kulturcafé ist jetzt kein Geld mehr da“, so die verantwortlichen Politiker.

Doch das ist nicht der wahre Grund: Das Kulturcafé wurde Opfer des politischen Machtspiels der Parteien.

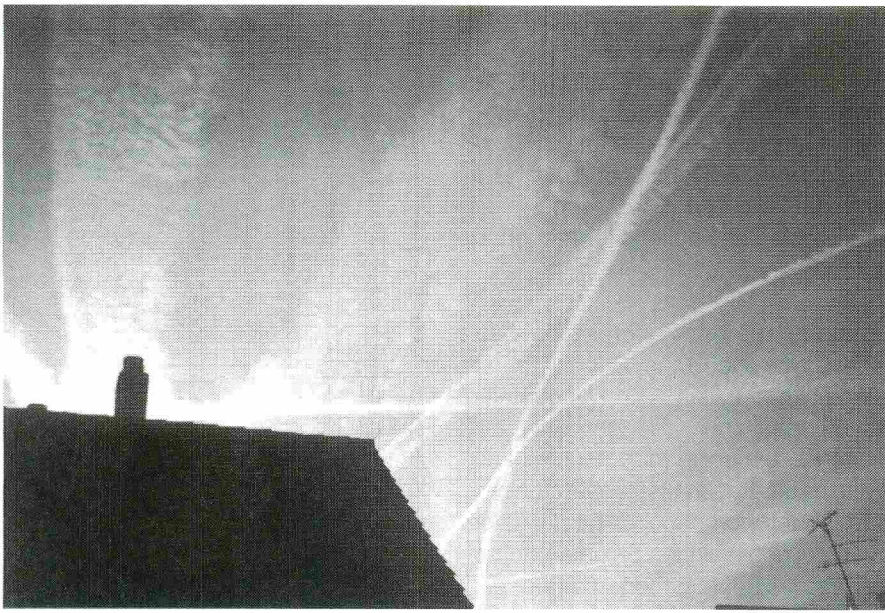
Die Kulturinitiative setzt sich seit langem für das Kulturcafé ein. Wir sehen darin einen kulturellen und sozialen Treffpunkt unterschiedlicher Altersklassen mit breitgefächertem Kulturprogramm, Cafébetrieb und Räumlichkeiten für Gruppen. Der Zuspruch zu den Veranstaltungen der Kulturinitiative zeigt, daß der Bedarf groß ist. Besonders für Jugendliche und junge Erwachsene gibt es kein ausreichendes Kulturangebot, welches ohne Auto zu erreichen ist.

Die letzte Chance des Kulturcafés ist ein Bürgerbegehren. Mörfelden-Walldorf wäre nicht die erste Gemeinde, in der ein Bürgerbegehren Erfolg hätte. Wir brauchen dazu bis zum 6. 6. 1994 mindestens 2072 Unterschriften von wahlberechtigten BürgerInnen aus Mörfelden-Walldorf.

Unterstützen Sie das Bürgerbegehren mit Ihrer Unterschrift!

Informationen bei:

Knud Waldhoff, Waldenserstr. 89, 64546 Mörfelden-Walldorf, Tel. 7768



Kondenzstreifen über Mörfelden. Aufgenommen von unserem Leser Philipp Völker, am 20. April 1993, um 9.10 Uhr.

Streifen am Himmel

Wie wirkt sich der Flugverkehr aufs Klima aus? Offenbar erscheint vielen diese Frage so abgehoben, daß sie angesichts der irdischen Abgasprobleme oft aus dem Auge verloren wird.

Es ist ein energiepolitischer Unsinn, wenn ausgerechnet das umweltschädlichste Verkehrsmittel, das Flugzeug, mit staatlichen Privilegien und Subventionen in der Luft gehalten wird. Die Lufthansa bezahlt für den Liter Kerosin einen zoll- und steuerfreien Preis von nur ca. 35 Pf.

Weltweit wurden 1989 1,2 Milliarden Tonnen Flugtreibstoff getankt, was mit 13 Prozentpunkten mehr als einem Achtel des gesamten Treibstoffverbrauchs entspricht. Zwar mögen die Flugzeuge selbst sparsamer geworden sein; die Lufthansa gibt durchschnittliche 6,6 Liter pro Person auf 100 Kilometer an. Doch hat der Flugverkehr dafür enorm zugewonnen: was erklärt, warum der Verbrauch in den vergangenen 12 Jahren global um 43%, in Deutschland sogar um 73% gestiegen ist. Gleichermaßen zugenommen haben folglich die Schadstoff-Emissionen. Auch wenn man die Abgase nicht riecht (es sei denn, man ist wie wir geplagter Flughafen-Anlieger), zeigen die vielen Kondensstreifen am Himmel doch, daß sich dort oben in mehreren Kilometern Höhe mehr abspielt als die große Freiheit.

Tatsächlich entstehen pro Kilogramm

Kerosin (=1,27 Liter) 3,15 kg Kohlendioxid, 1,24 kg Wasser und ca. 20 g Stickoxide. Hochgerechnet auf den Jahresverbrauch von 1989 bedeutet das:

- Kohlendioxid: 550 Mio. t
- Wasser: 220 Mio. t (davon 130 Mio. in Höhen von über 9 km)
- Stickoxide: 3,5 Mio. t (davon mind. 1,5 Mio. t in Höhen über 9.000 m)
- Schwefeldioxid: 0,18 Mio. t

Doch wie wirken sich die Flugverkehrsemissionen aus? Die Flugverkehrsgesellschaften selbst machen dazu durchaus Angaben. Allerdings beschränken sie sich auf die Emissionen unterhalb von 900 m, wo jedoch nur 7% der Abgase entstehen. Unter dem Klima-Aspekt ist aber entscheidend, was in den größeren Höhen passiert - dort, wo kein Auto mitstinken kann.

In der erdnahen Troposphäre, die in unseren Breiten - abhängig von der Jahreszeit - etwa bis 10.000 m reicht, bilden die Stickoxide zusammen mit Kohlenwasserstoffen und UV-Licht Ozon, während sie in der darüberliegenden Stratosphäre umgekehrt Ozon abbauen. Die Stickoxide des Flugverkehrs tragen somit via Ozon einmal zum photochemischen Smog und zum globalen Treibhauseffekt bei, zum anderen schädigen sie den Ozonschutzschild der Erde. Zwar ist der Flugverkehr nur mit ca. 3% an den weltweiten

Stickoxid-Emissionen beteiligt. Dennoch stammen die Stickoxide in der Luft mindestens gleichermaßen vom Flugverkehr wie von allen übrigen zivilisatorischen Emissionsquellen zusammen: Tatsächlich fallen etwa 1,5 Mio. t Stickoxide in Höhen von über 9.000 m an, wo sie - da sie der Regen dort nicht mehr auswaschen kann - etwa hundertmal länger verbleiben als Stickoxide in bodennahen Schichten.

Vielmehr steigen die Gifte zum Teil in noch größere Höhen. Nach jüngeren Modellrechnungen bewirken sie beispielsweise auf 21.000 m Höhe noch eine Salpetersäurezunahme von etwa 10%. Damit ist eine Schwächung der Ozonschicht zu erwarten, deren Ausmaß aber noch unbestimmt ist.

Ein weiteres Problem entsteht durch den Abgas-Wasserdampf in großen Höhen. Während das Verbrennungswasser in tiefen Schichten dank Witterturbulenzen von geringerer Bedeutung ist, ist in Höhen zwischen 10.000 und 13.000 m der Wasserdampfgehalt der Luft zu 8% durch den Flugverkehr verursacht, was wegen der langen Verweildauer von gut einem Jahr einen weiteren Treibhauseffekt ergibt, der einem Vielfachen des jährlichen globalen Energieverbrauchs entspricht. Hinzu kommt noch ein vermutlich ähnlich großer Treibhauseffekt durch die vom Flugverkehr verursachte vermehrte Cirrus-Bewölkung. Diese nur zum Teil als Kondensstreifen sichtbaren Eiskristalle lassen Sonnenlicht durch, halten jedoch die Wärmestrahlung der Erde zurück. Pro 5% Zunahme der Cirren wurden 1 C Erwärmung der Erde berechnet.

Flugverkehr und Klima - kein aus der Luft gegriffenes Problem: Die bisherige weltweite Temperaturerhöhung von ca. 0,7 C könnte zu etwa einem Drittel durch den Flugverkehr verursacht sein!

Nicht vergessen!

Am Mittwoch, 1. Juni 1994, gibt es um 18 Uhr in der Stadthalle Walldorf eine öffentliche Diskussion zu Cargo-City.

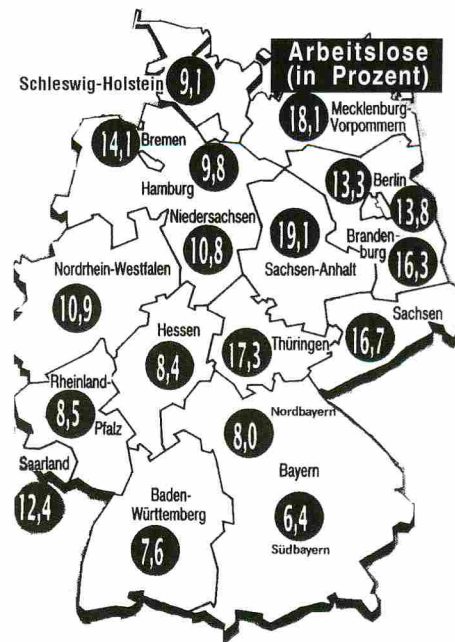
Prominenter Teilnehmer: Lothar Klemm (SPD), Hessens Minister für Wirtschaft und Verkehr. Nix wie hin!

„Kapital“-Verbrechen

Der Bundesetat für das 80 Millionen-Volk in Deutschland beträgt für das laufende Jahr 480 Milliarden DM. Das Geschäftsvolumen der Deutschen Bank im Jahre 1993 betrug sage und schreibe 556,6 Milliarden DM. An Zinsüberschüssen erreichte die Bank im vergangenen Jahr 12 Milliarden DM. Und da gibt es noch die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Hypotheken-Banken und die vielen anderen Privatbanken. Sie alle machen Supergewinne in einer Zeit, da doch angeblich kein Geld da ist und in der eine Lohn- und Gehaltsforderung von etwa 5 Prozent schon den Weltuntergang bedeutet. Wie eine Krake überwuchert die größte Privatbank die Wirtschaft, kontrolliert die Industrie, den Handel und die Versicherungen und verfügt über ein eigenes Dienstleistungsimperium ohne Gleichen. Die Deutsche Bank kassiert bei den Kleinen skrupellos ab und macht in reinster Mafioso-Manier mit den größten Wirtschaftskriminellen Halbe-Halbe. Steckte die Deutsche Bank erst kürzlich bei dem Crash der Frankfurter Metall-Gesellschaft bis zum Hals mit drin, so ist sie auch bei der jüngsten Superpleite mit von der Partie. Insgesamt 1,5 Milliarden DM hat die Deutsche Bank dem Pleiten-König Schneider, dem Immobilien-Hai aus Königstein, gepumpt und steckt voll in der Verantwortung für die größte Unternehmer-Pleite der Nachkriegszeit. Der Kriminelle mit dem weißen Kragen setzte sich unter Mitnahme von 300 Millionen als Reisekasse ab. Zurück bleiben neun Milliarden Schulden, gefeuerte und fassungslose Angestellte, Hunderte von kleinen und mittleren Handwerksbetrieben, die jetzt selbst vor der Pleite stehen. Auf der Strecke bleiben Tausende von Arbeitsplätzen. In des Wortes schlimmster Bedeutung: Ein Kapital-Verbrechen. Neben dem skrupellosen Abkocher Schneider ist die Deutsche Bank dieses Verbrechens schuldig. Doch wo finden sich die Staatsanwälte und Richter, die sonst schon dem Ladendieb den Prozeß machen? Für ein Einkaufscenter in der Frankfurter Zeil hatte Schneider 200 Millionen ausgegeben aber dafür 415 Millionen von der Deutschen Bank kassiert. Im Jahr darauf tauchte dieser Bau in Schneiders Bilanz mit einem Wert von 983 Millionen auf. Abzüglich des Kredits von 415

Millionen war Schneider damit um 568 Millionen reicher geworden! Forderungen nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung sind das eine, die gesellschaftliche Kontrolle bis hin zur Enteignung der Deutschen Bank, das sind die anderen Forderungen, die angesichts der Kapital-Verbrechen zu erheben sind.

Übrigens: 1993, im Supergewinn-Jahr, feuerte die Deutsche Bank in ihren inländischen Filialen 3011 angestellte Kolleginnen und Kollegen. Über alle diese Fakten sollte man nachdenken, wenn es um Haushaltsplanberatungen, um Gebührenerhöhungen geht. Sicher, auch bei den hiesigen Sozialdemokraten wird es Leute geben, die über solche „Kapital-Verbrechen“ ärgerlich sind - nur sie reden nie darüber. Dafür halten sie jetzt mit der CDU das Händchen, der Partei der Banken und Konzerne.



Wonnemonat

Der Aufschwung kommt, heißt es. Das Wetter meint es gut. Ein wahrer Wonnemonat also?

Sechs Millionen Menschen sind im Mai ohne Arbeit, gut zwei Millionen mehr, als die offizielle Statistik zu erkennen gibt. Es sind die mit 56 Jahren ausgemusterten Vorruständler, die Umschüler, ABMIer und vielen Langzeitarbeitslosen, vor allem Frauen, die sich nicht mehr beim Arbeitsamt melden, weil sie längst resigniert haben. Selbst bei einer Konjunkturbelebung bleiben die Arbeitslosen arbeitslos. Und es werden immer mehr. Offizielle Schätzungen gehen davon aus, daß noch rund eine halbe Million Menschen in diesem Jahr ihren Job verlieren werden. Aber laut sagen will das niemand, keiner mag sich dem Vorwurf aussetzen, das zarte Pflänzchen Aufschwung kaputtzutreten. Dafür ist es in unserem Land wieder modern zu unterstellen, daß diejenigen, die den Willen haben, in den Arbeitsmarkt einzutreten, immer eine Chance dazu hätten. Die wirklich Arbeitswilligen werden von der Straße kommen, prophezeit uns BDI-Chef Necker - irgendwann ab 1996. Die Langzeitarbeitslosen - in den neuen Bundesländern bereits über die Hälfte jener ohne Job - alles nur Drückeberger? Es ist das kräftig geschürte Klima der Angst, das dieses schamlose Denunziantentum wieder möglich macht. Die Unternehmer haben lange genug das Schreckgespenst vom gefährdeten Industriestandort Deutschland beschworen, reden von Maßhalten, reiben sich angesichts der jüngsten Tarifabschlüsse die Hände. Wonnemonat?

LINKE RUNDE

Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

1. Juni 1994

»Die Kommunisten in Europa« Entwicklungen, Tendenzen, Aussichten

Es spricht: Rolf Priemer,
DKP-Sprecher

29. Juni 1994

»Hitler war kein Betriebsunfall« Lehren aus der Geschichte von der Weimarer Republik bis heute

Buchlesung und Diskussion mit
Emil Carlebach, Frankfurt

13. Juli 1994

Die DKP und die Bundestagswahlen

Es spricht: Axel Seiderer,
Sprecher der DKP Hessen

Historische Wende in der Kommunalpolitik unserer Stadt?

Das Fragezeichen sollte bleiben! Aber ein bemerkenswerter Einschnitt ist es schon.

SPD und CDU haben nach langen Gesprächen gemeinsam einen Haushaltsplan verabschiedet. Eine Koalition sei es noch nicht, hieß es - obgleich natürlich die Zusammenarbeit für den Rest der Legislaturperiode vorgesehen sei. Ein paar bemerkenswerte Ergebnisse liegen auch vor. Die Fraktionen, so setzte die CDU durch, sollen Fraktionsräume erhalten. 50.000 DM werden für dieses Jahr schon bereitgestellt. Dabei wird es natürlich nicht bleiben. Bei ca. 2.500 DM mtl. Miete sind das bei vier Fraktionen in einer Legislaturperiode rund eine halbe Million Mark. Dafür hat man dann das „Kultur-Café“, das im alten Rathaus entstehen sollte, gestrichen. Außerordentlich beschämend: man versucht, die Museumsleiterin aus der Stadt zu ekeln. Die Haushaltsstelle der engagierten Cor-

nelia Rühlig bekam einen „kw“-Vermerk, was schlicht heißt: „kann wegfallen“. Deutlich wurde auch hier, die CDU hat sich durchgesetzt. Sie war von Anfang an gegen diese Art von Museumsarbeit. Ein „Ton-Steine-Scherben-Museum“ wäre ihr lieber. Ausstellungen über Bertha von Suttner, über Rassismus und Rechtsentwicklung, über den Arbeiterwanderverein „Die Naturfreunde“, waren der CDU schon lange ein Dorn im Auge.

Redner der CDU und der SPD begründeten diese und andere Festlegungen mit Finanzknappheit. Kein Satz kam von diesen beiden Parteien allerdings zu den Ursachen der Finanznot der Kommunen. Kein Satz über die Großbanken, die sich auch an dieser Finanznot dumm und dämlich verdienen, die dann noch irgendwelchen Immobilien-Gaunern das Geld hinterherwerfen. Kein Satz über die immer idiotischer anmutenden Rüstungsprojekte wie Jäger 2000 und ähnlichen Schwachsinn. Kein Satz über millio-nenschlingende Somalia- und andere Abenteuer.

Einige in der SPD-Fraktion erhoffen sich von diesem „Geschäft“ mit der

CDU gebremste Attacken, Ruhe an der kommunalen Front. Sie haben sich in den Finger geschnitten! Wahlzeit ist's. Außerdem will die Frau des „schwarzen Häuptlings“ im nächsten Jahr Rathaus-Chefin werden. Da wird die CDU noch einiges drauflegen.

So gesehen ist das Zusammengehen von SPD und CDU schon ein historischer Akt über dessen Tragweite sich viele in der SPD noch nicht im klaren sind. Natürlich könnte man jetzt schon polemisieren und interpretieren. Man muß aber vor allem fragen: Was kommt danach?

Was wird die SPD bei der nächsten Haushalts-Beratung opfern?

Sicher ist, die CDU arbeitet mit eiskaltem Kalkül. Die SPD hat dieser CDU die Hand gereicht, mit der sie sehr schnell über den Tisch gezogen werden kann. Aus dem heutigen Zusammengehen kann sehr schnell eine Koalition werden. Was dann kommt, kann man sich ausmalen. Linke und liberale Positionen werden dann sehr schnell vor die Hunde gehen. Soziale und ökologische Themen werden ihren Stellenwert verlieren. Da kommt noch einiges auf uns zu.



Spendenauf Ruf

Das Altenhilfeszentrum Mörfelden-Walldorf will auch 1994 eine Urlaubsfahrt für Bewohner/innen des Altenhilfeszentrums durchführen. Die teilnehmenden Bewohner/innen sind in der Regel pflegebedürftige alte Menschen, deren Pflegekosten von den Sozialämtern getragen werden. Das bedeutet, daß die Bewohner/innen in den meisten Fällen nicht in der Lage sind, einen finanziellen Beitrag zu diesem Urlaub beizusteuern. War es in der Vergangenheit möglich, die Kosten zumindest teilweise über öffentliche Zuschüsse zu decken, so ist spätestens seit den massiven Einsparungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte diese Geldquelle versiegt. Betroffen sind dabei auch die alten Menschen, die keine ausreichende Lobby haben. Hier kann Ihre Spende helfen.

Spenden-Konto:

Volksbank Mörfelden,
Kto.6063600, BLZ 50863612.

Jäger 2000 stoppen - soziale Sicherheit schaffen

In einer bundesweiten Kampagne werden z.Zt. Unterschriften gegen die Entwicklung des europäischen Kampfflugzeugs „Jäger 2000“ gesammelt. 50 Milliarden sollen für den Vogel ausgegeben werden. Dabei leben immer mehr Menschen in Armut, Wohnungen fehlen, im Sozialbereich wird radikal gekürzt.

Der Aufruf für die Unterschriftenliste schließt mit den Worten: „Wir bitten den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung aufzufordern, die Planungen für den „Eurofighter 2000“ sofort zu stoppen und freiwerdende Gelder dem Sozial- und dem Umwelthaushalt zuzuführen.“

Unterschriftenlisten kann man anfordern bei: Ohne Rüstung leben, Furtbachstr. 10, 70178 Stuttgart

Kreis Groß-Gerau

Beeindruckt von Entwicklung in Apolda

Beeindruckt von der Entwicklung im thüringischen Partnerkreis Apolda zeigte sich die Kreistagsfraktion der CDU, die jetzt von einer dortigen Klausurtagung zurückkehrte. Was den Christdemokraten vor allem auffiel: Es werde „insgesamt unheimlich viel an Aufbauarbeit geleistet“, so der Chef der Kreistagsfraktion, Rudi Haselbach. Seine Partei wolle nun versuchen, die gesammelten Eindrücke im Kreis weiterzugeben.

Haselbach untermauert die Melodie des Aufschwungs auch mit Zahlen: Im Kreis Apolda seien in den vergangenen vier Jahren rund 500 Millionen Mark investiert worden, wobei es sich gleichermaßen um private wie kommunale Projekte handle.

Ein Brief aus Apolda

CDU-Landtagsabgeordneter Haselbach malte ein rosa Bild vom „Aufschwung“ in Apolda. (Siehe FR-Notiz). Wir wollten mehr wissen und fragten nach. Dieser Tag kam ein Brief aus Apolda in dem es u. a. heißt:

„Sicher, wir haben vieles erreicht. Der Bund bzw. die Länder haben viele Mittel zur Verfügung gestellt. So zum Beispiel für Wärmedämmung und Modernisierung von Heizungen und die Sanierung von Altbauten. Das ist nicht unter den Tisch zu kehren. Es hat sich viel in unserer Region getan. Im Winter lag oftmals eine Dunstglocke über der Stadt, wenn alle Kohleöfen brannten.

In den Neubaugebieten sind separate Heizungsanlagen entstanden, die nunmehr die Häuser dort versorgen.

Aber im Sommer dieses Jahres wird das zentrale Heizwerk von Apolda geschlossen. Und automatische Öl- oder Gasheizungen brauchen kein Personal mehr.

Herr Haselbach hat viele Baukräne und Gerüste gesehen. Das ist richtig. Es wurde viel getan, Häuser saniert und modernisiert. Neubauten entstanden, Gehwege und Straßen wurden repariert.

Nur das ist das eine. Man muß genauer hinter die Kulissen blicken, um alles auch werten zu können. Hier hatte Herr Haselbach schon Schwierigkeiten.

Dazu einige Beispiele:

Apolda hat mehrere Gewerbegebiete. Das größte davon befindet sich an der B 87, also kurz vor Apolda. Es wurde

jetzt unlängst als eines der besten in Deutschland ausgezeichnet.

Zum einen ist mehr als die Hälfte noch nicht bebaut. Zum anderen existieren dort:

1 Bäckerei, 1 Autolackiererei, 1 Textilvertrieb,

1 Drehteilebetrieb, 1 Pizzabäckerei entsteht, 1 Fensterbaufirma.

Das sind überwiegend Dienstleistungen und kaum produzierende Gewerbe.

In diesem Gewerbegebiet wird ein Großteil der Erschließungsarbeiten durch eine große Straßenbaufirma, Hermann Kirchner, Sitz Bad Hersfeld durchgeführt.

Es entsteht jetzt ein großes innerstädtisches Einkaufszentrum in der Nähe des Marktes von Apolda. Träger, die Muttergesellschaft des Kaufmarktes (Sitz in Nürnberg).

Die neu zu bauende Stadthalle für Apolda wird von einer Baufirma errichtet, die ihren Sitz ebenfalls in den alten Bundesländern hat.

Im Neubaugebiet von Apolda entsteht ein neues Einkaufszentrum, gebaut von der DIBAG (Sitz alte Bundesländer).

Der Busbahnhof erhält einen großen Sanitärtrakt von einer Firma aus den alten Bundesländern.

Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen.

Nun zum Herrn Haselbach. Die umfangreichen Transferleistungen von West nach Ost existieren also wirklich. Die „armen Altbundesbürger“ müssen die Kosten tragen, die in die neuen Bundesländer investiert werden. Aber, ein großer Teil der Gelder kommt doch wieder dahin zurück, wo sie herkamen.

Andere Beispiele:

Das ehemalige Volksgut Apolda gehört jetzt wieder der Stadt, nach Genehmigung des Rückforderungsantrages. Die Stadt kann dies aber nicht selbst bewirtschaften, es wurden Pächter gesucht.

Es gab eine Reihe von Bewerbern. Unter anderem auch 2 Bauern aus zwei Nachbardörfern von Apolda.

Zuschlag erhielt ein Mann aus den alten Bundesländern.

In der Obertrikotagenindustrie sieht es ganz mau aus. Von früher 7500 Beschäftigten arbeiten in allen derartigen Betrieben noch maximal 500 Beschäftigte.

Dafür gibt es aber eine Unmenge an Handelseinrichtungen und Dienstleistungen.

Zur Industrie in Apolda: Feuerlöschgerätekwerk - es existiert weiter und produziert mit ca. 50-60 Beschäftigten von einstmalen etwa 900.

Uhrenwerke Ruhla wurde ganz aufgelöst und produziert als Präzisionsdrehteilebetrieb mit ca. 30 Mann weiter.

Wobei zwei weitere Betriebe in dieser Richtung neu entstanden.

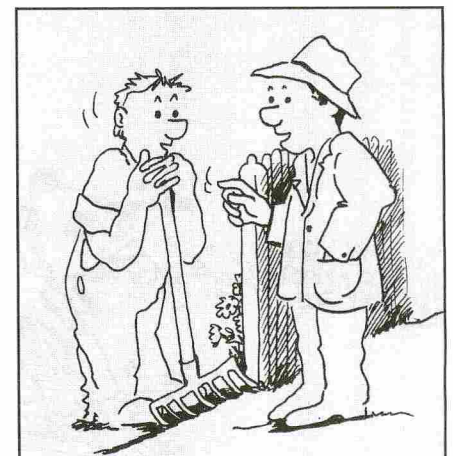
Der Chemiebetrieb Laborchemie Apolda GmbH wurde zum Jahresende von einem Westberliner Unternehmer übernommen. Gerade 45 Arbeitsplätze sind vorerst gesichert.

Es gibt eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. In Thüringen wurden 70% der Arbeitsplätze beseitigt. Mehr als jeder zweite ehemalige DDR-Bürger hat seine Arbeit verloren.

Die Geburtenzahlen sind spürbar zurückgegangen. Frauen sind in verstärkten Maße arbeitslos.

Noch ist es möglich, einen Krippenplatz zu bekommen, weil sich noch keiner getraut hat, Einrichtungen zu schließen, die noch gebraucht werden. Schließung ohne Ersatz würde eine Rebellion hervorrufen, dazu ist unser soziales Netz aus der DDR-Zeit noch zu bekannt.

Ähnlich ist es bei den Kindergärten und Schulen.



„Sache gibt's! Hot doch de CDU-Jung uff soim Auto en dolle GdP-Uffkleber“.

„GdP - des is doch die Gewerkschaft der Polizei?“

„Ja un soi Fraa hot a so en Uffkleber druff“.

„Vielleicht is er Polizist - en geheume vleicht?“

„Glaab ich net, die krieje so nur weniger Knolle beim falsche Parke. Des nennt mer Solidarität!“

Aufruf zur Europawahl am 12. Juni 1994

Die Ideologien des Kalten Krieges sind zusammengebrochen. Aber der Bau am gemeinsamen Europäischen Haus ist ins Stocken geraten. Europa ist nach wie vor geteilt in Ost und West. Nationalismus und Fremdenhaß sind zu einer neuen Gefahr geworden. Wieder gibt es Krieg auf unserem Kontinent. Der Maastrichter Vertrag hat nicht unsere Sehnsüchte nach einem demokratischen Zusammenwachsen der europäischen Völker, nach Verwirklichung der alten europäischen Ideale „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ befördert. Was wir bekommen haben, ist eine Europäische Union, in der die Bürokratie ständig mächtiger und die europäische Idee immer ohnmächtiger wird. Was wir bekommen haben, ist eine Europäische Union der Grenzenlosigkeit für Lastzüge, für Mülltourismus, für Aktienpakete und Versicherungspolice, für polizeiliche Lausch-

aktionen und schnelle militärische Eingreiftruppen.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, nicht nur von Demokratie zu reden, sondern die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger in Europa zu erweitern. Europa braucht Frieden, Arbeit und Demokratie. Die DKP ruft bei dieser Wahl auf, der PDS die Stimme zu geben.

Die PDS-Grundforderungen:

Ein EUROPA ohne kriegerische Konflikte, das Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Entmilitarisierung der Politik gewährleistet.

Ein EUROPA, in dem das Recht auf Arbeit durch aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik verwirklicht, Massenarbeitslosigkeit überwunden und soziale Sicherheit für alle gewährleistet werden.

Ein EUROPA, in dem die Bürgerinnen und Bürger in ihren Heimatorten, Regionen und Staaten und auch in europäischen Institutionen tatsächlich Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft nehmen und in dem Banken und multinationale Konzerne nicht nach Gut-

dünken schalten und walten können. Ein EUROPA ohne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Ein EUROPA des Humanismus und des Friedens, in dem Menschenrechte unantastbare Werte darstellen und die Rechte auf Leben, Arbeit, Wohnung und Bildung garantiert und für alle verwirklicht werden.

Ein EUROPA, in dem die Gleichstellung von Frau und Mann verwirklicht wird.

Ein EUROPA, das den ökologischen Umbau der Gesellschaft wirksam vorantreibt.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch im EU-Europa ist eine konsequente Vertretung linker Politik unverzichtbar, die Widerstand gegen Demokratie und Sozialabbau, Militarisierung, Umwelterstörung, Rassismus, Neofaschismus und Eurochauvinismus leistet. Gemeinsam mit linken und anderen demokratischen Kräften in Westeuropa wollen wir das Europäische Parlament als Forum der demokratischen Mitsprache und der Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger nutzen.



Wer hat über seine Verhältnisse gelebt?

Immer wieder heißt es: Die Leute leben über ihre Verhältnisse. Ist es die Arbeiter- oder Angestellten-Familie, die mit einem Verdienst kaum noch das Geld für die Miete aufbringen kann? Ist es der Arbeitslose, der, wenn bereits über fünfzig, kaum noch eine Arbeit findet und in absehbarer Zeit zum Sozialhilfeempfänger wird? Sind es die Schüler und Studenten, denen man das Bafög streichen will? Sind es die alleinerziehenden Frauen? Sind es die über 4 Millionen Sozialhilfeempfänger? Oder sind es die Rentner, die, wenn sie pflegebedürftig werden, ganz schnell auch Sozialhilfeempfänger sind? Nein, es ist nur eine gewisse Oberschicht in diesem unserem Lande, die über ihre Verhältnisse gelebt hat und noch lebt.

Diese verhältnismäßig kleine obere Schicht der Spitzenpolitiker, der Bankiers, der Aufsichtsratsvorsitzenden, der Unternehmer und wie sie alle heißen, hatten Geld zu verprassen und

dabei noch nebenher so viel übrig, daß sie für ganze Generationen ihrer Nachkommen vorgesorgt haben mit Immobilien und Aktienpaketen.

Einige dieser Absahner haben sich in den letzten drei Jahren dazu noch so manches Schnäppchen in den neuen Bundesländern für einen Apfel und ein Ei unter den Nagel gerissen. Grundstücke, Betriebe, Hotels und Erholungsheime wurden ihnen von der Treuhand zugeschoben.

Aber auf die unteren zwei Drittel der Bevölkerung, die nicht zu den Absahnern gehören, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, sofern sie noch welche haben, da wird draufgesattelt. Vieles von dem, was die kleinen Leute, die Arbeiter und Angestellten und mit ihnen die Rentner, in den vergangenen 40 Jahren errungen haben, will man ihnen wieder nehmen. Was hat das alles für eine Kraft gekostet, welche Kämpfe waren notwendig, um soziale Verbesserungen durchzusetzen. Heute wird manchmal der Eindruck vermittelt, als wären das Geschenke der Unternehmer und der diesen wohlgesonnenen Regierungen gewesen.

Politiker und Unternehmer stehen oft

in einer Reihe, wenn es darum geht, den Schwächsten noch das letzte Hemd auszuziehen. In den Betrieben glauben sie, daß die Stimmung für sie gut ist und somit wird all das durchgeführt, was sie sich jahrelang nicht getraut haben. Zurücknehmen, zurückschrauben, kürzen, rationalisieren, wenn auch oft mit heute neuen Ausdrücken. Und die Kürzer, die Streicher, die Sparkommissare, die sitzen in Bonn, in Wiesbaden, in Kreisen und in Städten und Kommunen. Es ist ein Teufelskreis, wenn man der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr nimmt, dann wird auch bald der Mittelstand, die Handwerker und Gewerbetreibende, sowie der Einzelhandel mit in den Strudel hineingezogen werden. Es ist also notwendig, das Steuer herumzuwerfen.

Von der Regierung in Bonn, die die Richtung in diesem Lande angibt und von den Verantwortlichen der Wirtschaft hat der kleine Mann nichts zu erwarten. Denen, die bei der nächsten Wahl an die Regierung wollen, muß gesagt werden, wo es lang gehen muß.

Heinz Hechler

Stadtgeschichten

Ein Mörfelder Radfahrer, etwa im Jahre 1910, aufgenommen in der noch unbefestigten Frankfurter Straße, in Höhe der heutigen Stockhausenstraße. Es muß die jetzige Jahreszeit gewesen sein, denn links und rechts der frisch gepflanzten Lindenbäume sieht man die wogenden Kornfelder.

Das Fahrrad war für die damalige Zeit schon sehr sportlich, mit Pedalhaken, ohne Schutzbleche und nach vorn gezogenem französischem Lenker. Allerdings wäre es für die Tour de France, wegen der fehlenden Gangschaltung, ungeeignet gewesen. Auch das „Outfit“ des Fahrers mit Hut und Hosensklammern entsprach sicher nicht dem der damals aktiven Radsportler. Interessant auch das Nummernschild an der Vorderachse. Diese Registrierung wird bestimmt einen unserer erfindungsreichen Politiker wieder auf den Gedanken einer Fahrradsteuer bringen.

Das Bild hat uns dankenswerterweise ein eifriger „blickpunkt“-Leser zukommen lassen. Er, aber auch die „blickpunkt“-Redaktion, konnten noch nicht in Erfahrung bringen wer der junge Mann mit dem Fahrrad war, aber eines ist gewiß, es gab sicher noch nicht viele dieser Glücklichen, denn das Fahrrad hat im Verhältnis zum Einkommen sicher ein Vermögen gekostet.



Grillfest der DKP

**Samstag, 18. Juni 1994,
ab 14 Uhr
im Hof des »Goldenen Apfel«**

**Große Tombola
Bier vom Faß
Kaffee, Kuchen
Stimmung**